

Ersteinstufige
nachmitt. mit Ausnahme
des Sonn- und Feiertags.
Abonnementspreis
monatlich 40 Pfg.
vierteljährlich 1 20 Pfg.
halbjährlich 2 40 Pfg.
jährlich 4 80 Pfg.
Durch die Post bezogen
Lohn 20. und 25 Pfg.
vierteljährlich 50 Pfg.
jährlich 1 00 Pfg.
Die neue Welt
(Unterhaltungsbeilage)
durch die Post nicht bezogen,
kostet monatlich 30 Pfg.
vierteljährlich 1 00 Pfg.
jährlich 3 00 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Postfach 100/101.

Die neue Welt

Insertionsgebühr
besteht für die 6 ersten
Zeilen für den Raum
30 Pfennig.
Für annehmbare Anzeigen
25 Pfennig.
Im reaktionären Teile
kann die Zeile 70 Pfennig.
Inserate
für die halbe Spalte
werden für die ersten
mittels 10 Zeilen der
Anzeigen aufgegeben
sein.
Einsetzen in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Staat und Arbeiterklasse.

Unter dem Bürgertum herrscht über unsere Ziele allgemein das Mißverständnis vor, daß wir alles durch den Staat regeln, eine Art allgemeine Staatsflanzerei einflößen wollen. Unwissenheit allein erklärt nicht, weshalb gerade diese und nicht eine andere verkehrte Vorstellung so verbreitet ist. Die Erklärung liegt vor allem in dem Charakter der von uns, wie auch von bürgerlichen Reformern geforderten Arbeiterschutz-Gesetze.

Wenn der Kapitalismus noch jung und die Arbeiterbewegung schwach ist, sind die Arbeiter nicht inslande, der Wille der Unternehmer aus eigener Kraft entgegenzutreten. Schuldsind sie für die Profitgier der Kapitalisten preisgegeben, die ihre Lebenskraft durch intensive Ausbeutung zerrütten. Da soll der Staat eingreifen, denn nur der Staat ist mächtig genug, diesen Streit zwischen Leben und Gesundheit der Arbeiter aufzuheben. Wir fordern also, als Vertreter der Arbeiterklasse eine fröhliche Arbeiterschutzgesetzgebung, die vor dem Unternehmertum nicht Halt macht, sondern strenge und rücksichtslos durchgeführt wird.

Dem Unternehmer erscheint diese staatliche Einmischung in seinen Betrieb als eine lästige Polizeistrafung. Was brauchen sich die Behörden darum zu kümmern, was freie Bürger mit einander vereinbaren? Was sollen Gesetzgeber und Inspektoren, die von der Praxis nichts verstehen, ihre Nase in kein Geschäft stecken? In dieser Lage erblickt der Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeiterinteressen als ein Kampf zwischen den Prinzipien der unbefangenen Bürgerfreiheit und der staatlichen Einmischung, die dann als Prinzipien des Überwältigungs- oder Individualismus und des Sozialismus bezeichnet werden. Die Sozialdemokraten als die Vertreter der Arbeiterinteressen erscheinen hier als die unentwegten Verfechter der staatlichen Bevormundung. Kein Wunder, daß sich in den Köpfen der Bourgeoisie die Idee festsetzt, daß im sozialistischen Zukunftsstaat alles staatlich-polizeilich geregelt und alle Freiheit verschwinden sein wird.

Diese Auffassung wird noch dadurch gefördert, daß der beschränkte Pflichten Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Reformern und Staatssozialisten zu machen weiß, die die Staats-einmischung zum wahren Prinzip der Freiheit. Diese betrachten den Staat als ein über den Klassen und Parteien schwebendes, mit höherer Macht und höherer Weisheit begabtes Gebilde. Der Staat braucht sich nur auf seine Pflicht, die Armen und Schwachen zu schützen, zu besinnen, sich nur durch Gerechtigkeit und Menschlichkeit leiten zu lassen, und alle gesellschaftlichen Übel werden verschwinden. Ein ähnlicher Gedankenweg wird auch oft innerhalb unserer eigenen Reihen ausgesprochen, der demokratische Staat habe die Aufgabe, Gesetze zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu erlassen; durch solche Gesetze werde dann allmählich die bessere Gesellschaftsordnung, der Sozialismus, aufgebaut. Wenn von dieser Seite jedes Arbeiterschutz-Gesetz als ein Stück Sozialismus hingestellt wird, ist es begrifflich, daß umgekehrt daraus der Schluß gefolgert wird, die sozial-

istische Regelung der Gesellschaft bestehe aus einer Unmasse in das menschliche Leben eingreifender und freiheitsbeschränkender Gesetze.

Bei solchen Anschauungen wird vergesen, daß, was für die heutige Gesellschaft nötig ist, gar keinen Maßstab für die künftige Ordnung abgeben kann. Zeit, wo die Arbeiter Objekte kapitalistischer Ausbeutung sind, gilt es die Ausbeutung möglichst einzudämmen. Aber mit der Ausbeutung selbst verschwindet die Notwendigkeit vollkommen. Wenn keine Profitgier mehr da ist, die die Arbeiter zur gesundheitsgefährlichen Ueberarbeit zwingen könnte, ist kein Verbot solcher Ueberarbeit mehr nötig. Unsere Forderungen für die Gegenwart sind keine Ausflüsse irgend eines sozialistischen Prinzips, sondern Ausflüsse des Klasseninteresses des Proletariats unter dem Kapitalismus.

Die Auffassung des Staates als eines über den Menschen stehenden Vormundes, der alles zum Besten für uns regeln soll, ist gerade so unrichtig und unsozialistisch, wie die entgegengesetzte, von den Anarchisten verfochtene Ansicht, daß der Staat wie ein böser Dämon durch seine freiheitsberaubende Herrschaft alles freie, sich sonst natürlich entwickelnde Leben tötet. Beide Auffassungen treffen praktisch soweit zu, als sie der Erfahrung entnommen sind, aber ihre theoretische Grundlage ist falsch. Der Staat schwebt nicht über der Gesellschaft, sondern ist selbst ein bloßes Klasseninstitut. Wer von einer Pflicht des Staates, die Schwachen zu schützen, redet, könnte gerade so gut von einer stillschweigenden Pflicht des Kapitalisten reden, seinen Arbeitern ein sorgenberaubendes Leben zu geben, sondern ein solches Kapitalist und Millionär nach wie vor zu sein, sondern ein solches Kapitalist; er weiß, daß dieses, auch das Beste, je nachdem es im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Seine Arbeiterschutzgesetze, durch die er der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft vorbeugen will, entpringen gerade so gut diesem Interesse, wie seine Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Im Laufe der Entwicklung ändert sich jedoch seine am meisten hervortretende Seite. Solange die Arbeiterbewegung schwach ist und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch machtlos erscheinen, wird Arbeiterschutz nicht nur von den Vertretern der Arbeiter selbst, sondern auch von einseitigen Mitgliedern der Bourgeoisie gefordert. Da kann die Illusion der sozialen Mission des Staates leicht aufkommen. Je mehr sich jedoch die Arbeiter organisieren, sich aus eigener Kraft emporkämpfen, den Unternehmern Zugeständnisse abzwängen, und den Kapitalismus selbst bedrohen, um so mehr tritt der unterdrückende Charakter des Staates hervor. Die Arbeiter bauen in zäher Arbeit Kampfes- und andere Organisationen auf, Gewerkschaften, Genossenschaften, Bildungsanstalten; aber je mehr sie auf diesem Gebiete der Selbsthilfe leisten, um so mehr wird der Staat zum boshaften Unterdrücker, der alles selbständige, empfortreibende Leben zu töten vermag.

Die Bedeutung dieses selbständigen Schaffens der Arbeiterklasse ist oft übermäßig gelehrt worden; nicht als Verdrößerung der Kampf-tätigkeit des Proletariats, denn darin liegt seine wirkliche große Bedeutung, sondern als sei dies eigen-

lich schon der Aufbau des Sozialismus. Sogar wurde neuerdings daneben die Erhebung der Staatsgewalt als bedeutungsvolle Aktion hingestellt. Was aber jetzt von den Arbeitern geschaffen wird — wie bewundernswert, wenn man die schwebigen Verhältnisse und die zu behebenden Mängel des bestehenden Aufbaus des Sozialismus, mit der Organisation der Selbstproduktion vergleicht, die uns nachher als Aufgabe zufällt. Es ähnelt den kümmerlichen Spinnen, die eine von einem schweren Stein gedrückt flanze treibt. Erst, wenn dieser Stein abgewagt wird, kann sie zu einem mächtigen Baum emporsteigen, Blüten und Früchte tragen. Unsere Aufgabe ist also vor allem, diesen Stein abzuwälzen, die Staatsgewalt der Bourgeoisie, die das neue Leben am Emporkommen hindert, zu beseitigen.

Die Erhebung der Staatsgewalt hat also noch mehr eine negative als eine positive Bedeutung. Wir wollen damit nicht eine alles neu regelnde Macht schaffen — wenn wir auch wissen, daß keine kommunalen, gesellschaftlichen und genossenschaftlichen Verbänden staatliche und sogar internationale Organe eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der Gesellschaft spielen werden —, sondern wir wollen vor allem ein alles vernichtendes und tödendes Macht vernichten. Kein alles beherrschender Staat, wie unsere Gegner phantastieren, sondern eine freie Arbeitergemeinschaft wird das Ergebnis unseres Sieges sein.

Zur Landtagswahl.

Das vorläufige Endergebnis.

Wie es vom offiziellen Wollschien Bureau am Sonnabend bekannt gegeben wurde, zeigte deutlich, daß abgesehen von dem Eintritt der Sozialdemokratie in das Haus eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht eintreten wird. Evident Gewinn weisen nur die Parteien außerhalb des Blocks auf: das Zentrum (bisher 98) wird mit den Stichwahlen wohl auf über 100 Mandate steigen, es hat jetzt vier Mandate gewonnen, die Polen gewinnen 2 (15 hat bisher 13 — auch ein Erfolg der preussischen Volkspolitik). Die Nationalliberalen (bisher 78) mischen von 10 Stichwahlen 11 bekommen, um nur ihren alten Bestand zu erreichen. Dem Freiwillichen fallen aus der bisherigen Mandatsziffer (88) noch vier Mandate ab, sie die bei den 7 Stichwahlen, in denen sie stehen, noch herauszufinden können, muß sich zeigen. Die beiden konservativen Fraktionen haben von ihren bisherigen 206 Mandaten schon 198 gefehert; außerdem fehlen sie in 11 Stichwahlen. So kann die R u z a g e i t u n g in ihrer Sonntagsnummer feststellen, daß der „liberale Antirum überall zurückgeschlagen ist“. Die Liberalen sind „leimlaut geworden“, schreibt sie höflich; sie begreift sie mit den Franzosen im Jahre 1870 und fragt: „Wie wird es nun mit der Liberalisierung Preußens?“ Dennoch wird wenigstens dem getreuen Freiwillichen einiger Balsam auf die Wunden gesträuft: „Wir müssen betonen, daß die freiwilliche Wahl-agitation im allgemeinen erheblich würdiger und an-

10] Hurraschreier. [Nachtr. verb. Ein Zeitroman von B. E. Teranus.

III.
Um drei Uhr nachmittags kam zur Freier des denkwürdigen Tages ein solches Diner in der Villa des Kommerzienrats Gebhard fort. Außer den Familienmitgliedern und dem Verlobten Was, der ältesten Tochter, nahmen an der Feststille teil ein Vetter des Hausherrn, Udo Gebhard, Chefredakteur der freiwillichen Berliner Tagespost, dessen Sohn, Rechtsanwält Viktor Gebhard, ferner ein Verlobter der Kommerzienrätin, Vermögensdirektor Stein mit Gattin und ältestem Sohn, einem angehenden Dichter, und zuletzt ein junger Journalist, Namens Dietrich Lederhose, Mitarbeiter des parteilosen Residenz-Anzeigers. Außerdem waren der Professor Herr Wehse und zwei ältere Buchhalter zur Tafel gezogen.
Der Hausherr hatte noch kurz vor der Tafel mit zwei Journalisten gearbeitet. Er hatte beiden Herren — Lederhose war der eine, der andere der Vorkalredakteur der Tagespost — eine genaue, eingehende Schilderung der Vorgänge während des Besuchs des Kaisers gegeben und beide hatten kriegsartige Aufzeichnungen gemacht und danach ihre Artikel geschrieben, die schon in der Abendausgabe ihrer Blätter zum Abdruck gelangen sollten. Lederhose hatte wieder einmal mit Dampf gearbeitet und sein fertiges Manuskript — es waren mindestens zwei Spalten — kurz vor Beginn des Diners mit einem Notizen in die Redaktion gelangt. War zu gern würde er selbst bei der Besichtigung ausgehen und beide hätten kriegsartige Aufzeichnungen gemacht, wie er die Manuskripte des Kaisers erzeugen, wie er seiner Majestät vorgelesen werden würde — Dietrich Lederhose vom Residenz-Anzeiger — und wie seine Majestät dann halbvolllust zu lächeln gerufen würde.
Lederhose, erinnere mich, habe ja oft Ihren Namen im Residenz-Anzeiger gesehen, besonders Ihre Berichte und Interviews aus Kämpferkreisen sind ja eine bekannte Spezialität des Wollschien. Welche Themen sind Ihnen bekannt, lese Ihre Artikel immer mit großem Interesse.
Es aber ähnlich würde seine Majestät gesprochen haben, denn daß er den Residenz-Anzeiger las, im Original, nicht

nur im Auszug, war ja bekannt und da konnte ihm natürlich auch der Name Lederhose nicht unbekannt geblieben sein. Ein geheimer Zeußer hoch die Brust des kleinen Journalisten, dem die dunklen Locken betraute bis zum Kragen reichten. Schade, schade! Der hübsche, ehrgeizige Traum seines Lebens, einmal eine Majestät unmittelbar von Angesicht zu Angesicht zu schauen — von der Ferne gesehen hatte er ihn schon oft — von ihm mit einer Ansprache beehrt zu werden, so nahe seiner Erfüllung war dieser Traum gewesen und doch noch im letzten Augenblick durch das Taschenspielertrick des Polizeileutnants zuwanden geworden. Wenn ihm nur Zeit geblieben wäre, dem übertriebenen Herrn aufzutreten: „Ich bin es ja, Dietrich Lederhose.“ Schade, schade!

Im Gegensatz zu dem unzufriedenen Journalisten machte das Gesicht des Hausherrn im höchsten Glanz. Er gab der aufmerksamst aufmerksamen Zuhörerin, zum einmal die beiden Zuhörerinnen zum besten, mit dem Herrn, was er nicht hätte, der beiden Journalisten gestillt hatte. Das ließe Interesse leuchtete aus aller Äußerung; mit fast atemberaubender Spannung hörte man zu, während der Sprechende von dem persönlichen Aufstiege des Kaisers, von seinen Bemerkungen berichtete. Noch niemand in der Tafelrunde, außer der Familie des Hausherrn, hatte dem Kaiser, dessen markante Persönlichkeit die ganze Welt interessierte, gegenüberstanden. Die diktatorische Beherrschung des von Regierung und Genossenschaft aus bewachten läge an manchen Stellen bei einigen der Anwesenden ein stilles Lächeln aus. Als der Kommerzienrat ganz entsandt von der großen Sachgenuss des Kaisers sprach, der sich auch über die feinsten Details der Entstehung eines Wollschien informiert gezeigt habe, unterbrach sein Vetter Udo, der Wehse, mit der Bemerkung: „Nun, wird die Wollschien nicht ganz so an gegeben sein, wie es in Diners Erbauungsmusik, in Ihrem Hochgefühl, in das Dich der kaiserliche Besuch verlegt hatte, erheben ist. Lederhose ist es ja eine alte Erfahrung, daß für uns gewöhnliche Sterbliche ein Wort aus hohen und höchsten Munde eine ganz andere Bedeutung gewinnt, als wenn es irgendein beliebiger anderer gesprochen hätte. Was Du kaum bedenken oder höchstens als durchschmittsichtig heranzuherbe, wenn es in Diners Gleichgültigkeit gefügt hätte, erscheint Dir als etwas höchstbedeutendes, bedeutungsvolles, erlauchtes, wenn es ein Hochgeheiltes der Erde äußert.“

Der Rechtsanwält, der Sohn des Wehse, und auch der Vorkalredakteur nichten beiläufig; während die Damen etwas empört dreinblickten über diese Erörterung ihrer einflussreichen Stimmung.

„Das Entzünden wiederum“ fuhr der Redakteur fort, „das hier aber die Werbung eines hübschlichen Herrn an den Tag legt, und ist es auch noch so wenig hervorgerufen, beinahe auf der anderen Seite einen solchen hohen Herrn, sich weiter auszulassen, als er sonst wahrlich nicht tun würde und sich den Herrn einer Sachkenntnis zu geben, die er nicht besitzt und nicht besitzen kann.“

Die Frau Kommerzienrätin lächelte überlegen; ihre Äußerungen strahlten noch immer das Entzünden und die selbe Gebenheit lief mit, mit der sie die letzten Stunden erfüllt hatte. „Du hast noch niemals einer Majestät gegenübergestanden“, sagte sie mit dem natürlichen weiblichen Versehen, allgemeine Erörterungen immer auf persönliches und Persönlichkeiten zu übertragen. „Du weißt nicht, wie bezaubernd lebenswürdig er ist.“

„Das bezweifle ich gar nicht“, erwiderte der alte Wehse. „Aber daraus folgt doch nicht die Verschlingung, um bedingungslos zu bewundern.“ „Was, was soll man denn anders tun“, versetzte die qualifizierte Dame mit „Man ist doch überhaupt so hingefallen, so bezaubert von der strahlenden Nähe einer Majestät, daß man gar nicht an einen Wiederbruch denkt und überhaupt gar nicht imstande ist, klar nachzudenken.“

Udo Gebhard lächelte fastschüchtern. „Das ist es ja eben, die meisten Menschen verlieren die Fähigkeit zu denken; der Verstand wird bei ihnen gewissermaßen ausgeschaltet, sobald sie vor einem Wichtigen der Sache stehen. So ist die Macht der Tradition, die seltsame Erleuchtung bei uns, die Umgestaltung von der Gottesähnlichkeit eines Monarchen, die bei uns noch vielen in den Anreden zu stehen scheint. Im alten China oder irgendwo im Orient herrschte ein Gesetz, das dem Untertan verbot, dem Herrscher sein Antlitz zu schauen. Wollte sich die Majestät, so mußten sich alle Blutz auf den Erdboden werfen und den Kopf bedecken. So ist ihm selbst es bei uns ja nicht mehr, den Kopf verneigen, was ja bei uns nicht in Gegenwart des Monarchen, wohl aber oft das, was darin steht, jede ruhige Heberlegung und alle Willenskraft.“ (Fortf. folgt.)

Wahnsigen waren als die nationalliberalen." Die Volkspartei wird bald rechts vom Nationalliberalismus stehen. Von einer Übertragung der "Volkspartei" auf Preußen wollen die Junker natürlich nicht wissen. Hier können sie ohne Hilfskräfte regieren. Auch die nationalliberale Reform wird von ihnen glatt abgelehnt. Wenn aber die Kreuzzeitung behauptet, die Konserwativen verdammen ihren Erfolg dem "hohen Maß von Vertrauen", das sie ihnen, d. h. dem "B. O. L." erwiesen, so sieht man daraus, daß selbst die ohne die Dreiklassenwahlrecht stiegenden des Volkswillens wider, und das preussische Abgeordnetenhaus sei wirklich eine Volksvertretung, nicht leben kann.

Die Menschenfreier von Berlin.
Endlich kommt auch das Organ der Regierung, die Nordd. Allgem. Ztg., auf das Ergebnis der Landtagswahlen zu sprechen, sie widmet ganze drei Spalten dem Sieg der Sozialdemokratie, den sie teils auf "demokratische Vorgänge" des Dreiklassenwahlrechts, teils auf den "Exorzismus" zurückführt. Sie schildert die Angst der kleinen Geschäftleute, die sich aus Furcht vor dem Volkstrotz nicht getraut hätten, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen, worüber die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses das Nähere beizubringen. Und fährt fort: "Wenn es kann, kann die Partei gleichgültig sein. Die künftige Verrückung um ein Mandat in Bayern geleitet zu sehen, die am stärksten Verhältnissen herauszutreten müssen und die staatsbürgerlichen Rechte weiter Kreise fördern, sogar illusorisch machen. Noch genügt es nicht, daß der sozialdemokratische Lebermut und die Verzweiflung der "Brüderchen", das Bedürfnis empfinden, sozialen Annihilismus zu treiben."

Der Staat ist nicht heilbar, wenn er dekretiert, daß jeder, der sozialdemokratisch wählt, aus seiner Stellung steigt. Die Unternehmungen sind nicht heilbar, wenn sie durch schwarze Listen die staatsbürgerlichen Rechte weiter Kreise illusorisch machen, aber wenn die Arbeiter zur Notwehr greifen, um der herrschen Partei des Staates wenigstens eine wirkliche Vertretung im preussischen Landtage zu verschaffen, dann sind sie nicht bloß heilbar, sondern sogar kanziblen, d. h. auf deutsch Menschenfreier.
Man weiß nicht, ob man die Wünsche der staatsbehaltenden Presse mehr bewundern soll oder die absolute Selbstlosigkeit, mit der sie durch Aufzählung solcher Menschenfreiergeschichten, ihre Leute noch mehr bekräftigt. Das alberne Anglistische über den sozialdemokratischen Exorzismus und die Anführung des aberwiegigen "Materials" (a. B. die Hauswirte, verlorren mit einem Schläge ihre Mieter, wenn sie antiozialdemokratisch wählen), hat schon bewiesen, daß zahlreiche freisinnige Wahlmänner von Berlin ihre kaum gewonnenen Mandate noch vor der Abgeordnetenwahl der Sache wieder fallen lassen, und daß in den weitesten Kreisen eine ganz außerordentliche Vorstellung von der Macht der Sozialdemokratie entstanden. In diesem Falle also arbeitet die Nordd. Allgem. Ztg. wirklich nur für uns.

Sieber mit Kröder als mit Warts!
Die französische Tagespost hat Kenntnis von der Aufregung gegeben, die in Berliner freisinnigen Kreisen durch das Gerücht entstanden ist, die Sozialdemokratie wolle durch ihre Taktik den Freisinn zwingen, sich zwischen Konserwativen und Wirtsinnigen zu entscheiden. Daran antwortend weist das Berl. Tagbl. die Frage auf, ob nicht durch die Aufstellung sozialliberaler Kandidaten in Halle-Berford-Vielefeld, eine Agitation gelassen werden könnte, durch die der Kreis der Sozialdemokraten von Konserwativen entrisen und zwischen Wirtsinnigen ausgetrieben werden könnte. Die Preis. Ztg. bemerkt dazu: "Auch selbst der parlamentarische Ausdruck zur Kennzeichnung dieses anmachenden Antrags." Wieder drei Hundert Kröder als einen Warts!

Infame Pläne.
Die nationalliberale Nationalzeitung, die sich bemüht als ein anfängliches Blatt zu sterben, findet sich genötigt, ein schütziges Manöver aufzuführen, das anscheinend in staatsbehaltenden Kreisen eifrig erwohnen wird, und dessen Zweck es ist, die sozialdemokratischen Wähler von Berlin durch Witz und Lüge zu machen. Sie veröffentlicht folgende Mitteilung:

"Ich war gestern in der Stadthaus unfreiwilliger Zuhörer eines Gesprächs, in dem zwei Herren sich über die Wahl von Sozialdemokraten in Berlin aufhielten, und der eine von ihnen sich damit zu trösten suchte, die Sache der Arbeiter nicht entgegen zu sein, es wäre immerhin möglich, daß vom Wahlvorstande ein gewisses sozialdemokratisches Wahlmännerwesen für ungültig erklärt werden, um den Sozialdemokraten die Mehrheit zu nehmen.
Die Nationalzeitung meint zwar dazu, es müsse selbstverständlich sein, daß die Prüfung der Wahlmännermandate (in strengster Objektivität ohne Rücksicht auf die Partei oder die Person erfolgt), doch würde sie jener Aufsicht schwerlich Raum geben haben, sollte sie nicht Grund zu der Annahme, daß der geheimnisvolle Vorgesetzte nicht eben aus dem höchsten Maß geteilt habe."

Ein anderer Plan, die Opposition im Dreiklassenwahlrecht möglich zu machen und zu erdrücken, wird in der Konserwativen Presse mit großer Ingeniertheit diskutiert. Niemand unerschrocken wird die Meinung ausgesprochen, es sei am besten, die kleine sozialdemokratische Fraktion so wenig als möglich zum Wort gelangen zu lassen. Dazu ist zu bemerken: Das Abgeordnetenhaus befindet sich vorläufig noch in der Pring Wirtsinnigen der preussischen Kammer Berlin. Die gewählten Sozialdemokraten sind zum größten Teile zunächst die Vertreter der hauptsächlichsten Bevölkerung, dann auch die Vertreter der fast zwei Millionen preussischer Staatsbürger. Sie stehen mit den Massen der Berliner Bevölkerung im engsten Kontakt, was man ja von den übrigen preussischen "Volkswörtern" gerade nicht behaupten kann. Hat man also die Wertschätzung, diese Bevölkerung in der Person ihrer Vertreter mundtot zu machen, so empfiehlt es sich dringend, den Sitz des preussischen Landtags, wie im Jahre 1848, wieder nach Brandenburg zu verlegen.

Ein nationalliberaler Gsp. in Berlin XII.
Die Nationalliberalen des 12. Berliner Kreises haben sich mit den Konserwativen verbündet und auf Grund dieses Bündnisses den Freisinnigen folgendes Ultimatum gestellt: Wenn die Freisinnigen nicht bis zum 12. Juni 3 Uhr nachmittags ihre Kandidaten (Prediger, Künze) zugunsten der nationalliberalen (des bekannten Schwarzmergerentgenen) zurückziehen, so werden die Nationalliberalen am 18. Juni in der Konserwativen-antimilitarischen Reichstagswahl stimmen. Die Nationalliberalen gehen dabei von der Annahme aus, daß sie mit den Antimilitaristen zusammen den Freisinn aus der Stichwahl mit der Sozialdemokratie verdrängen können. Ist diese Annahme richtig, so werden die Freisinnigen entweder im ersten Wahlgang für den Schwarzmerger Kandidat, oder aber im zweiten für den Antimilitaristen wählen müssen, um die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern.
Das ist der Kulturblod Kopf D. R. P. I.

Internationale Gläubigersache zum Maßstabe.
Wien, 6. Juni.
Den niedergeworrenen Siegern unser God!
Das Internationale Sozialistische Bureau.
Kameralde, Ansele, Furemont, Guymans.
Die belgische Arbeiterpartei sendet Gläubigersache zum Zeichen der Freude in die Festung der Konserwativen und Kapitalisten. Es lebe der internationale Sozialismus!
Waes, Sekretär.
Wien, Reichsrat, 6. Juni.

Zu Eurem herrlichen Siege unseren Glückwunsch und unsere Begehrdung.
Für die Parteilicheit der österreichischen Sozialdemokratie.
Wien, Reichsrat, 6. Juni.
An den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie.
Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat freut sich mit Euch über den glänzenden Sieg des 3. Juni und über die erste Wertschätzung der deutschen Genossen in der preussischen Landtagswahl.
Mit Glückwunsch und Verbeugung für den Verband: Geil.
London, 6. Juni.
Die Sozialdemokratische Partei beglückwünscht die deutschen Genossen zu dem Erfolg der preussischen Landtagswahl.
Lee, Sekretär.
Karlsbad, 6. Juni.
Den niedergeworrenen herzlichen Glückwunsch zum folgen Siegesritt
Wesböhmisches Sozialdemokratisches Hillenband.
Karlsbad, 6. Juni.
Zu dem schönsten aller Eurer Siege gratuliert Euch der Politische Verein Freiheit Karlsbad.

Tagessgeschichte.
Halle a. S., 9. Juni 1900.
Aberhard Hoffmann.
Die Nordd. Allgem. Ztg. langelt in ihrer Pfingstsonntagsnummer den offiziellen Bericht Temp's ab, weil er sich über den Berliner Laotz des Schwebenkönigs mißfällig geäußert hatte; sie findet, daß es unbedacht war, den Staaten Europas, die außerhalb der großrussischen Gruppen zu stehen wünschten, die Wortmeldung zu entbehren, die der Temp's im Namen des von ihm extramütem - französisch-englisch-russischen Trios über sie errichten möchte. Es ist ein starkes Stück für ein offizielles Blatt, an dem Tage, an dem der englische König auf der Fahrt nach Neval City postierte, von einem "extramütem" englisch-russisch-französischen Trio zu sprechen, gleich als ob dieses bloß in Kräumen des Temp's und nicht in der Wirklichkeit bestände.
Am selben Tage aber, an dem die deutsche Offiziösin den Temp's allerhand Lebensunwürdigkeiten an den Kopf wirft, veröffentlicht dieses Blatt spaltenlange Interzios, die sein Berliner Vertreter mit dem Reichsfiskussekretär Sadow und dem Unterhaltssekretär Trevel derhandelt konnten, und deren Zweck war, die beunruhigten Gerichte zu zerstreuen, die im Auslande über den Zustand der deutschen Reichsfinanzien entstanden. Herr Sadow verleiht die Worte des Temp's, der nebenbei gesagt, auch das bedeutendste Organ des französischen Finanzkapitals ist, auseinanderzusetzen, daß das deutsche Defizit nicht etwa 400 Millionen Mark und früher sondern bloß 126 Millionen jährlich betrage. Aus dem Artikel des Temp's geht nicht hervor, ob sein Vertreter Herrn Sadow auch geglaubt hat. Wenn es sich darum handelt, neue Steuern aufzutreiben, führt der Reichsfiskussekretär ja eine ganz andere Sprache, im Verkehr mit französischen Kapitalisten klumpert er aber mit den Radeln in der Tasche, um seine Zahlungsfähigkeit wahrscheinlich zu machen. Rehmliche Interzios hat sich auch früher der russische Finanzminister Witte bestellt, die Kurze der russischen Staatspapiere sind aber durch sie nicht geteilt. Herr v. Schöler der Vorkämpfer, holtet in der Nordd. Allgem. gegen den Temp's zu gleicher Zeit fähet ihn der Reichsfiskussekretär in ähnlichen Sätzen an. Erkannst wird man im Auslande, und vielleicht auch im Inlande fragen: Sind sie wirklich so weit, daß sie das notwendig haben...?

Agarier und Weltverkehr.
Die agrarische Presse ist durch die Nachricht, daß die Wagbahnen nun doch bis zum Jahre 1910 fertig gestellt werden soll, in Angst- und Wutkämpfe verkehrt worden. Die Deutsche Agrar-Korrespondenz hat die Junker alarmiert, sie hat den Schrecken ausgetrieben, daß Deutschland demnach durch einen Ueberfluß an Brot bedroht ist. Im Jahre 1902 ist ein ein von der Deutschen Bank geleitetes Konsortium mit Konzeption zur Erbauung der Wagbahnen erteilt worden. Mit Verwiegung konstatieren die Agrarier, daß diesem Unternehmen durch England derartige Schwierigkeiten bereit werden sind, daß bis heute von der nahezu 200 Kilometer langen Bahnlinie erst 200 Kilometer fertiggestellt sind. Die Freunde unseres Junkertums an der Veräußerung und möglicher Verhinderung eines hochachtbaren Kulturunternehmens furchtmet die Interessen der Regierung Preußen-Deutschlands höherstehenden Konserwativen Parteien und schließlich die Begehrtheit der von denselben Parteien betriebenen "Wolkspartei". Bei den Gotten-tentwägungen im Jahre 1907 hatte Dernburg in einem seiner berichtigten Vorträge über die Auswärtigen der deutschen Kolonien, die durch nichts begründete Ansicht entwickelt, daß eine der deutschen Kolonien aus für die Weizenproduktion in Frage käme. Raum war diese Kolonialphantasie bekannt geworden, da erob sich in der Konserwativen Presse sofort das Geschrei, daß die staatsbehaltenden Parteien der deutschen Sozialpolitik ihre Unterthänigkeit vertragen müßten, wenn aus deutschen Kolonien etwa ein Stangen nach Deutschland eingeführt werden sollte. Wieder ist es die Furcht vor der Weizeninflation, die die Junker auf die Schwärze treibt. Das Wagbahnenunternehmen, so verheißt die Agrar-Korrespondenz, möglicherweise den Weizenpreis für Mitteleuropa ohne Zoll auf 55 Mark pro 1000 Kilo aufrücken. "Nehmen wir", so fährt sie fort, "den geltenden Zoll von 55 Mark noch hinzu, so erhalten wir einen Totalpreis für Mitteleuropa von 120 Mark pro Tonne. Das wäre etwa der tiefe Punkt, auf dem die argentinische Konkurrenz im Oktober 1894 zur Caprivizeit die Weizenpreise in Berlin aufgeworfen hatte." Daß diese Preisberechnungen mit Rücksicht übertrieben niedrige sind, dient zu zweifeln, den Agrarier die "Gefahr" der Wagbahnen durch Weizenpreisschwankungen zu zeigen, damit der Abwechslung gegen die Verbilligung des Brotes in Deutschland keine schon mit aller Kraft aufgenommen werden. In dem Jahre 1907-08 hat Deutschland einen Weizenpreis von 240 Mark pro Tonne, der Durchschnittspreis wird mehr als 215 Mark betragen haben. Durch diesen Weizenpreis sank der Brotkonsum, sonst hätten die höchsten Preisniveau war unter dem bauend behaupten können. Dieses Preisniveau war unter dem

Schuh des Wucherzollens von 55 Pr. Tonne und der Weizenpreis von 120 Mark für die Ausgabe in gleicher Höhe möglich. Es haben sich in diesen Zuständen gefunden, die Fortführung der Wagbahnen wird als preisgünstig denannt und als Gegenmittel nicht mehr und nicht weniger eine weitere Erhöhung der Getreidepreise gefordert. Die agrarische Wertschätzung stellt fest, daß unsere heutigen Getreidepreise nur für normale Zeiten berechnet sind und den oben stützigen Möglichkeiten gegenüber als ganz ungenügend bezeichnet werden müssen. Nebenher wird den sozialliberalen Wertschätzern unerbittliche Rede angelastet. Die rechtsstehenden Parteien des Reichstags und der agrarischen Zeit des Zentrum sind aufgefordert, mit vollster Energie für Sorge zu tragen, daß durch eine Revision der Vorkämpfer der deutschen Finanz die Beteiligung an der Wagbahnen nach Möglichkeit erschwert wird. So wird dem Deutschland von dem agrarischen Ruf überhoben: Zum Schuh gegen die Wagbahnen und das viele Brot - erhöhte Getreidepreise!

Die Ausbreitung der polnischen Sprache.
Was einschlägig und groß denkende Politiker voraussetzen, ist im vollen Maße eingetreten. Die Kolonialpolitik der preussischen Regierung nun auch im berichtigten Sprachensparagrafen des Reichsvereinigungsgesetzes durch die Wolkspartei im Reichstag unterführt, hat ein schmähtliches und unvorstellbares Risiko erlitten. Da die Hege gegen die polnische Sprache auch in die Volksschulen hineingepumpt worden ist, gestattet die preussische Schulkommission, ausgehend von der Erfahrung der von den Schülern gesprochenen Mutterprache, einen lehrreichen Rückschlag auf die Resultate der angeblich im "deutsch-nationalen Interesse" betriebenen Antipolenpolitik. Die preussische Statistik, Heft 200 III, bringt die letzten Ergebnisse der in den preussischen Volks- und Mittelschulen vorgenommenen Zählung der Schüler mit Rücksicht auf ihre Familienprache.
Da die früheren Zählungen zum Vergleich herangezogen sind, können wir jetzt übersehen, wozu die antipolnische Diskriminierung geführt hat. Es wurden in Preußen ermittelt:

Wolkschüler	Darunter solche, deren Sprache nur polnisch war
überhaupt	
1891	4 916 478
1896	5 238 828
1901	5 670 870
1906	6 164 398

polnisch und deutsch	nur polnisch	Summe
1891	1,48	10,06
1896	1,86	10,57
1901	2,08	12,60
1906	2,32	13,22

Von Jahrsfünt zu Jahrsfünt ist demnach die polnische Sprache unter der hermannswürdigen Jugend ausgedreiteter geworden. Der deutschen Sprache ist durch die antipolnische Politik also ein Vordienst erwiesen; die polnische Sprache hat gerade im Jahrszeit der heftigsten Polenbedrängung durch die preussische Regierung und die "alldeutschen" Polenfreier an Boden im Volksschulmunde gewonnen. Es ist ganz selbstverständlich, daß nun erst recht die polnischen Landesangehörigen auf die Erhaltung ihrer Mutterprache bedacht sind und ihren Kindern die Freiheit geben, die ungeteilt Verengungsmittel wozu einfließen. Die Schreier der Geschichte, daß eine Weizenpreisschwankung die Bergabwärtigen zur heftigsten Gegenwehr anspornt, befähigen sich wieder. Von 100 Volksschülern hatten rein polnische Familienprache in der Provinz

Westpreußen	Polen	Bozen
1891	34,85	60,75
1906	39,58	63,47

Die Polenbedrängung hat also zusehends eine Verdrängung der deutschen durch die polnische Sprache! Zudem ist das Zusammenleben der Bürger in den betr. Provinzen aus das ärgste gefährdet worden, eine elastische Nationalitätenhege ist entstanden, die uns Schlimmes befürchten läßt.
Ein besonders merkwürdiges Bild bieten folgende Zahlen. Von 100 Volksschülern hatten reinpolnische Familienprache im Reg.-Bez. Oepeln Reg.-Bez. Arnberg

Reg.-Bez. Oepeln	Reg.-Bez. Arnberg
58,11	0,09
58,46	0,29
55,61	0,89
56,74	1,64

Im obereschlesischen Industriegebiet ist die Zahl der polnisch-sprechenden Schulkinder seit 1891 zurückgegangen. Im westfälischen Industriegebiet bebuden geteilt: Der amtliche Statistiker sagt selber, in dem "reindeutschen Gebiet" Arnberg könne man getrost auch die polnisch und zugleich deutsch-sprechenden Schulkinder der "polnischen Familienprache zurechnen". Die Aufzählung, als ob sich die nach dem Westen auszuwandernden Polen dem Deutschland einverleiben, wird also verworren, womit ohne weiteres die Entzerrung des polnischen Volkstums eingeleitet wird. Zählt man die polnisch-sprechenden nurpolnisch-sprechenden zu, dann kommen je 100 Volksschüler im Reg.-Bez. Arnberg solche mit polnischer Familienprache 1891: 0,83, 1896: 1,56, 1901: 3,08, 1906: 4,21. Eine Verbilligung im Zeichen der antipolnischen Preußenpolitik! Keine Anreicherung und Verjährung der Polen, sondern ihre kampferreichte Konfolidierung selbst in reindeutschen Landesstellen ist das Resultat der von Wilow als "nationale Aufgabe des Deutschland's" bezeichneten Antipolenpolitik. Dies Risiko wird natürlich die "alldeutschen" Hege nicht abhalten, Preußen-Deutschland vor der ganzen Kulturwelt weiter mit einer schmähtlichen Verfolgung der polnischen Landesinwohner zu blamieren.

Eine Verlängerung der Dienstzeit bei der Marine soll nach der Mil. Pol. Kor. beabsichtigt sein. Die aktive Dienstzeit bei der Flotte soll in Zukunft nicht mehr 8 sondern 8 1/2 Jahre betragen. Diese Forderung soll besonders dem Prinzen Heinrich, dem Chef der Flotte, selbstbetreten werden. Nach dessen Korrespondenz sollen sich die Führer der bürgerlichen Parteien, soweit man mit ihnen Rücksicht genommen habe, einer Verlängerung der Dienstzeit um 6 Monate nicht ablehnend gegenüberstellen. - Damit würden 30 000 Mann, so stark ist der Mannschafbestand der Marine, sechs Monate länger dem Volksoptimismus dienen müssen.
Gründliche Reinigung. Wegen Verdrängung ist Graf Schönerau vor dem Kriegsgericht von der Anklage des Mißbrauchs Untergebener und Vergehens wider § 175 freigesprochen worden. Vom Ehrengericht ist er, wie jetzt bekannt wird, "unangenehm ausreichender Beweise" freigesprochen worden.

Verjährung einerseits, ungenügende Beweise andererseits — wie reims sich das aufsummt? Nicht nachgezeichnete Karten können zweifellos nicht verjährten.

Der Spruch des Ehrengerichts erhält dem deutschen Offizierskorps einen hohen Stellenwert und läßt diesem hohen Stellenwert eine Pension von etwa 10 000 Mark!

Reinigung für Entree. Die Frankf. Volksstimme schreibt: Bekanntlich wurden die Ruinen der Hohenzollernburg veräußert, um an ihre Stelle eine neue Burg einzustellen, die mit der alten Burg zunächst nur den Namen gemeinsam hat. Das Schicksal ist aber jetzt gekommen. Der Kaiser hat, das Oberbaurat ersucht, den Entwerfer für den Bau der neuen Burg zu ernennen. Es ist ihm gelungen, einen Mann zu finden, der sich für diesen Zweck eignet. Der Kaiser hat, das Oberbaurat ersucht, den Entwerfer für den Bau der neuen Burg zu ernennen. Es ist ihm gelungen, einen Mann zu finden, der sich für diesen Zweck eignet.

Ausland.

England. Das Alterspensionsgesetz. Dieser Tage hat die englische Regierung den von Sir John Lubbock, dem jetzigen Premierminister, ferner vom Schatzkanzler Lloyd George, dem Justizminister und dem Minister der Sozialverwaltung John Burns unterzeichneten Gesetzesentwurf betreffend die Alterspension veröffentlicht. Der Entwurf umfaßt nur wenige Paragraphen und ist kurz und prägnant gehalten. Die Pension beträgt fünf Schilling die Woche. Neben mehreren Personen zusammen (der Auswanderer und Ehefrau) ist vermieden, es kann sich z. B. um Geschwister handeln) und sind zwei oder mehr davon zum Bezug einer Pension berechtigt, dann erhält jede nur 3 Schilling 6 Pence (3/6) pro Woche. Der Bezug der Rente hat für den Empfänger nicht den Verlust irgend welcher Rechte (z. B. Wahlrecht) oder Privilegien im Gefolge.

Die Voraussetzungen für den Rentenbezug sind folgende: Der Rentenempfänger muß das Alter von 70 Jahren erreicht haben. Er muß sich mindestens 20 Jahren britischer Bürger sein und seinen Aufenthalt im Vereinigen Königreich haben. Ferner darf er nicht mehr denn zehn Schilling pro Woche an eigenen Mitteln zur Verfügung haben.

Ausgeschlossen von dem Genuss der Rente sind die Empfänger von Armenunterstützung, die aus diesem Grunde das Wahlrecht zu den gelegentlichen Wahlen verloren haben. Zweitens diejenigen, welche sich weigern Arbeit zu leisten, trotzdem sie körperlich hierzu fähig wären. Auch diejenigen, welche vor der Zeit, als sie zum Bezug der Pension berechtigt waren, gewohnheitsmäßig Arbeit verrichtet oder sich für sie bemüht haben, trotzdem sie körperlich hierzu fähig waren, sind vom Bezug der Rente ausgeschlossen. Schließlich die Inhaber der Zinsen, die Rente und die Verleiher, die sich im Gefolge befinden; die letzteren noch zehn Jahre nach Abzahlung ihrer Rente. Diese letztere Bestimmung wird natürlich zur Folge haben, daß entlassene Sträflinge, namentlich im vorgerückten Alter, immer wieder zum Verbrechen greifen müssen. Die Rente ist unveräußerlich, alle Ansprüche an diese sind nichtig, der Gläubiger kann sich an derselben nicht schuldig halten, sie muß unverzüglich dem Rentenempfänger zu dessen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen. Die Renten werden wöchentlich ausbezahlt. In jedem Ort oder größeren Bezirk werden Lokalkomitees gebildet, welche die Auszahlung und die Kontrolle übernehmen. Die Beschlüsse für diese Einrichtung ist das Ministerium für Sozialverwaltung das bekanntlich von John Burns geführt wird. Die Entlohnung für falsche Angaben lautet bis zu sechs Monaten Zwangsarbeit. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1909 in Kraft.

Zusammenfassung der Arbeiterorganisationen. Im englischen Parlament gibt es zweierlei Arbeiterabgeordnete: 1. die selbständige Arbeiterfraktion mit 22 Mitgliedern, 2. liberale Arbeiterabgeordnete, die also mit der liberalen Partei zusammengehen und die liberale Regierung unterstützen; ihre Zahl beläuft sich auf 28. Die Erfolge der selbständigen Arbeiterfraktion haben in den Kreisen der liberalen Arbeiter den Wunsch erweckt, ihre Abgeordneten würden sich der Arbeiterfraktion anschließen. In diesem Sinne wurden auch von dem letzten Gewerkschaftskongress mehrere Beschlüsse gefaßt. Das politische Komitee des Trades-Union-Kongresses bemühte sich, die Beschlüsse auszuführen und versanftlicht demgemäß gemeinschaftliche Konferenzen zwischen den parlamentarischen Vertretern der Arbeiter. Die Konferenzen ergaben schließlich folgendes Resultat: In allen Arbeiterfragen gehen die Arbeiterabgeordneten beider Richtungen zusammen. Zu diesem Zweck soll jeden Monat eine gemeinschaftliche Sitzung beider Gruppen stattfinden. Bei Wahlen sollen sich beide Gruppen keine Kandidaten gegenüberstellen.

Die Arbeiterfraktion nahm diese Beschlüsse einstimmig an, während von den liberalen Arbeiterabgeordneten 13 für, 7 gegen die Beschlüsse gestimmt haben; 3 enthielten sich der Abstimmung.

Edward and Hilolaus. Infolge der Einwendungen der Abgeordneten der Arbeiterpartei und eines Teils der liberalen Presse gegen den Besuch des Königs Edward in Russland hat der König auf sein Vorhaben verzichtet, dem Jaren einen Marschallstab der britischen Armee zu überreichen. Diesen Marschallstab besitzen bereits Kaiser Franz Joseph und Kaiser Wilhelm. — Offiziell wird hierzu mitgeteilt, daß der König dem Jaren bei seinem Besuch in England im November dieses Jahres den Marschallstab überreichen werde.

Amerika. Affenstämpfe. Im Staate Oklahoma kam es zwischen Weißen und Neger zu einem regelrechten Kampfe, wobei 15 Neger und 3 Weiße getötet wurden. Die Neger erzielten in ihren Verhaftungen und zählen gegenwärtig über 2000 Mann. Der Gouverneur des Staates hat dringend um Sendung von Militärtruppen ersucht. Man befürchtet neue blutige Zusammenstöße.

Parteiadrichten.

Ein nachdemenswertes Beispiel. Die Frankfurter Tagespost zu Würzburg gibt bekannt, daß sie mit der bevorstehenden Veränderung ihres Formats aus einer Verweigerung ihres Inhalts erhalten wird. Eine Unterhaltungsbefehle soll fünfmal wöchentlich erscheinen. Außerdem soll als Wochenbeilage der Volksbildner erscheinen.

Ein Organ für alle Bildungsbestrebungen. Ueber seine Aufgaben lag die Tagespost, es solle unter Mitarbeit hervorragender Kräfte eine Zeitschrift herausgegeben werden, die den Zweck verfolge, nach einem einheitlichen Plan in systematischem Aufbau, in einfachster und leichtester Form, ohne Vorursetzungen irgendwelcher Art, aber mit dem ganzen Ernst reifer Forscherarbeit, die Massen des Volkes in die Wissenschaft einzuführen. Diese Zeitschrift soll erfolgen, nach der Volksfrage vorliegt: eine allmähliche wissenschaftliche Vorbereitung für die heutige tätige Welt des politischen und sozialen Lebens, damit jeder fähig wird, über ihre Rätsel selbständig nachzudenken, ihre Aufgaben zu erkennen und an ihrer Lösung in freier Selbsttätigkeit mitzuwirken. Diese Zeitschrift, die zum Aufschwung bestimmt ist, wird sich so nach und nach zu einem großen umfassenden Arbeiter- und Volksblatt gestalten, das ein feinerer Geistes- und Führer durch die Wirrsale des heutigen Daseins sein wird."

Aus den Naabarkreisen.

Rückblick auf die verfloßene Landtagswahl im Wahlkreise Torgau-Heidenberg.

Auch in unserem Wahlkreise hat bei der letzten Landtagswahl unsere Partei größere Fortschritte zu verzeichnen. Obwohl das unbedingt richtige Material noch nicht eingegangen ist, wieweil Stimmen unserer Partei erhalten hat, steht doch schon fest, daß sich auch die Arbeiterfraktion in unserem Wahlkreise aufgeführt hat, um der regierenden Klasse zu zeigen, daß auch sie gewillt ist, sich ein besseres Wahlrecht zu erringen. Selbstverständlich muß ausgehen werden, daß die Beteiligung noch viel stärker hätte sein müssen. Wie bei der Reichstagswahl, so ist auch bei der Landtagswahl die Lässigkeit zu verzeichnen, daß es der Heidenberger Kreis ist, der die meisten Stimmen für unsere Partei aufgebracht hat. Der Landtagswahltag hat dieses Mal sehr schlecht gelaufen, außer dem Ort Naumburg, in dem wir haben nur 84 Wahlmänner durchgebracht, welche sich auf folgende Bezirke verteilen: Bezirk 11, Osterwerda 12, Annaburg 5, Mühlberg 4 (einer ist für unzulässig erklärt worden), Belgern 1, Großbären 1. Davon kommen auf die erste Abteilung 1, auf die zweite Abteilung 4, auf die dritte Abteilung 29 Wahlmänner. Außerdem erhielt der Mühlberger Bezirk noch 11 Stimmen in Hitzberg, wo sich die Genossen zum ersten Mal beteiligten, desgleichen erhielten wir in Borzlag 16 Stimmen; auch dort war es das erste Mal, daß wir uns daran beteiligten. In Borzlag wäre unter Wahlmann durchgegangen, wenn nicht so eigenmächtig dem Charakter des Landtagswahlgesetzes entgegengetreten worden wäre, was nicht geschehen wäre. Auch dort war die Wahl so schlecht gelaufen, daß wir nur 10 Stimmen aufbrachten, was auf die Zeit vor der Eisenbahnverwaltung von Burdorf nicht möglich, ihre Arbeiter zur Wahl abzukommmandieren, da sie von Falkenberg noch keinen Erfolg bekommen hatte. Im Yu wurde beim Wahlvorsteher angefragt, ob es möglich ist, daß die Wahl so ein einziges Mal am Nachmittage von 3 Uhr bis abends 6 Uhr stattfinden könnte. Selbstverständlich kam unser Wahlvorsteher diesem Wunsch nach, und so war es möglich, daß unsere Gegner 23 Stimmen der Eisenbahner erhielten. Auch in Brotteritz erhielten wir dieses Mal 5 Stimmen. In Mühlberg selbst hätte die Beteiligung noch stärker sein müssen, aber leider waren einzelne Gewerkschaften nicht vertreten. Sogar ein Genosse im dritten Bezirk hätte es nicht einmal herablassen wollen, nur Wahl teil zu erheben, was selbstverständlich und mit Recht die höchste Achtung seiner Arbeitskollegen herbeizuführen. Und dieser „Genosse“ steht mit an der Spitze der hiesigen Bewegung. Dann wäre es schon besser gewesen, dieser Mann hätte vorher darauf verzichtet, als Wahlmann aufgestellt zu werden, wenn er nicht den Mut hat, öffentlich Farbe zu bekennen, was er sein will. Sobald das richtige Stimmenverhältnis heraus ist, werden wir dieses bekannt geben. Im Bismarck-Bezirk erhielten wir 20 Stimmen, im Mühlberg 92, in Annaburg selbst von 28 abgegebenen Stimmen 82. In Großbären erhielten wir 10 Stimmen.

Kulturner Weisewort?

Um der Schulnunters entgegenzutreten zu können, haben sich seinerzeit die Steingutfabriken Mitteldeutschlands zu einem Verband zusammengeschlossen, dem u. a. auch die Firma Carlens in Elmshorn angehört, deren Inhaber der der Preussischen Volkspartei angehörige Reichstagsabgeordnete für Bismarck-Elmsb.-Stadtkreis und Stadtrat Carlens ist. Infolge Neugründung einer Fabrik in Elmshorn der liberale Herr Reichstagsabgeordnete hat noch vier weitere Fabriken in Neuhaldensleben, Neustadt-Magdeburg, Reinsdorf und Dreien) und der anhaltenden Freude die Firma Carlens auf alle Fälle ein solches Werk zu errichten und bauen zu lassen, hat die hiesigen Gewerkschaften beschlossen, denen sie folgendes Anerbieten machte: Die Gewerkschaften verpflichten sich, von der Elmshorner Fabrik alle gerippten und glatten Zeller und Salaträden zu entnehmen und zwar zu den Preisen: gerippte Zeller das Duzend zu 70 Pf., glatte Zeller das Duzend zu 60 Pf., Salaträden 1 bis 6 das Duzend zu 60 Pf., franko Hamburg. Für jeden anderen Artikel, den die Hamburger Gewerkschaften außerdem noch bei der Elmshorner Fabrik kaufen, verpflichtet sich die Firma, jeden Prozent billiger zu liefern als sie die anderen Fabriken bisher geliefert haben. Gehen die Gewerkschaften jedoch nicht auf dieses lohnende Anerbieten ein, so wird Heimindustrie gegen sich und den Gewerkschaften, denn die Firma Carlens wird dann direkt an die Detailgeschäfte wenden und dort zu einem Preise verkaufen, daß den Gewerkschaften jedes Konkurrenz unmöglich gemacht wird.

Es ist schon dieses Anerbieten nicht fair, so wird es noch unfairer, wenn man bedenkt, daß der Verband, dem die Firma Carlens in auch angehört, ein solches Anerbieten folgendermaßen gemacht hat: Gerippte Zeller das Duzend zu 95 Pf., glatte Zeller das Duzend zu 80 Pf., Salaträden das Duzend 1 bis 6 zu 80 Pf. ab Fabrik. Der Preisunterschied ist auffallend.

Die Preisfrage würde nun sein: Wer bezahlt die 3 c? Die Steingutfabriken behaupten, daß sie bei den vom Verband geforderten bedeutend höheren Preisen nur fünf bis höchstens zehn Prozent Dividende zahlen können, daß also bei diesen enorm niedrigen Preisen nur die Arbeiter die Leidtragenden seien. Es ist unmöglich, um 25 Prozent billiger zu liefern ohne ganz bedeutende Herabsetzung der Löhne und Bezahlung überhaupt nur ganz minimaler Löhne. Die Arbeiter müßten sich also unter ganz kleinen Schein lassen, weil eine Firma, deren Chef liberale Reichstagsabgeordnete ist, das Bestreben zeigt, die Arbeiter an sich zu ziehen.

Wie zeigen die Spitzblätter die ungebührliche Maul weit auf, wenn die Arbeiter selbst sind, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und dabei Arbeitswille zu vermindern suchen, Streikfordernisse zu tun. Das ist Terrorismus und der Staatsanwalt hat nichts eiligeres zu tun,

als diese Linder beim Stagen zu nehmen. Wenn aber eine solche liberale Firma durch ihr Unterangebot und ihre Preispolitik nicht nur viele Geschäfte ausfallen lassen, sondern auch in ihrer Lebenshaltung herababstufen, dann ist kein Schmeißer, der ganze liberale Mittelstand, dann das ist kein Schmeißer, sondern das ist ein Terrorismus, das ist ein Spiel, das nur — das freie Spiel der Kräfte. Es lebe das Selbstbestimmte!

Naumburg, 5. Juni. Straßmann in Erfüllung vom 4. Juni. Eine Frau aus Zeitz hat vorigen Sommer einem Gutsherrn in Naumburg, ihrem früheren Dienstherrn, mittels Nachschlüssel aus einer Kammer 100 Mk. entwendet und sich außerdem der Freundverführung bedient, laudlich gemacht, daß sie ein von ihrer Tochter gefundenes Bortmannstück mit 60 Mk. für sich verwendete. Sie ist gefänglich, beantragt aber Vertagung mit der Begründung, daß eine andere Frau wegen Vertagung beim Gericht erst mit vor Gericht müßte. Das Gericht lehnte diesen Vorwand herabwürdigen Vertagungsantrag ab und beurteilte die Angeklagte zu fünf Monaten Gefängnis. — Eine Geschäftsleiterin W. aus Merzburg und eine Verkäuferin C. aus Weipertswalde waren in einer von einem hiesigen Kaufmann in Weipertswalde errichteten Filiale angefaßt. Sie hatten beide Raubmarken, welche die Kunden anzuwenden für sich verwenden. Die Verkäuferin C. hat außerdem die Raubmarken vollzogen waren, einlösen lassen. Das Gericht erließte darin Unterlassung. Die Verkäuferinnen in solchen Raubmarken dürfen nicht beachten. Außerdem hatte die W. an Ausgabe für Raubmarken mehr gegeben, als sie eintunkte. Ferner hatte die kleinere Oberbedienten aus Zeitz zu verkleinern Bedürfnissen einnehmen, ohne die Raubmarken das Entnahmepunkt des Geldes einzutragen. Sie behauptete, daß sie die Raubmarken nicht für sich notiert habe, um später, wenn sie mit dem Geschäftsinhaber über die ihr zutreffende Provision und Kontostunden abrechnen würde, in Rechnung zu bringen. Es hat sich auch nach dem Urteil herausgestellt, daß die W. 50 Mk. aufgetrieben. Aber das Gericht ignorierte ihr keinen Glauben und beurteilte sie wegen Untreue bei Unterlassung zu drei Monaten Gefängnis. Die Verkäuferin C. mit 50 Mk. Gefängnis davon. Das letzte Vernehmungsprotokoll der Verkäuferinnen wurde nicht in vielen Prozeduren, so auch hier eine W. in Zeitz, die in solchen Prozeduren etwas anderes, als der Angeklagte im Termin angibt. Das Protokoll ist aber von dem Angeklagten unterschrieben, und das Gericht hält sich daran. Auch hier war dieses der Fall. Die Angeklagte erklärte, daß sie auf der Polizei angefaßt worden sei, weil sie nicht die Raubmarken gemacht habe, wie der Wadmeister behauptete. Der Mann habe mit geballten Fäusten vor ihr gestanden, habe sie bestärkt und schließlich ein vor Stunden in eine Zelle gesperrt. Danach habe sie in feuchter Depressen unterschrieben. Der Wadmeister, als Zeuge darüber befragt, behauptet unter keinem Gehe die Beschäftigung und stellte ohne Rücksicht auf die Angeklagten, die die Angeklagten über ihren fiktionalen Lebenswandel ein in einem fiktionalen Zeitschrift des Zeitschriftens. Außerdem behauptete er, daß er mit haarigen Polizeilokal eines Detektivs des fingierten Einschreibebüchchens. Von dem Verteidiger ist Verhör genommen, wurde er gegeben, die Geschichteten über den Lebenswandel wurden nicht in der Zeitschrift angegeben. Die Angeklagte der Angeklagten in eine Zelle gab er zu, er meinte, wegen der „Verdunkelungsgefahr“. Im Verhör mit der Polizei ist es am besten, man ist so ungenügend als möglich. Wird man von der Polizei in irgend einer Sache vernommen, dann sage man Name, Stand und Wohnung und erklärt, daß man sich nur an der Sache interessiert und keine weiteren Aussagen machen will. Und die Angeklagten lange aus Gefühlen hat die Beschäftigung laudlich gemacht. Es handelte sich um Weizen über 500 und 600 Mark. Seine Frau hatte auf einer Beilichtkarte für Brautgaben die Unterschrift des Verheiratheten der Größe Naumburg im Oberbezirk geschrieben, um die Angeklagten zu erhalten. Das Gericht hat, daß die Angeklagten in Not gehandelt hätten und beurteilte sie zu vier Monaten Gefängnis, zwei Wochen Gefängnis. Wenn sich wieder einmal ein Arbeiter mit gebildeter Familie und 18 Mark Wochenlohn wegen Eigentumsvergehens zu verantworten hat, wird gewiß auch das als ein Verbrechen angesehen werden, wenn er nicht die Angeklagten auf Stoff ist ein großer Freund von Lieberstein, wie seine mehreren Vorstrafen dazum. Aus er eines Rechts mit einigen Kollegen von einer Firmenreise heimging, war er so glücklich einen Lieberstein im Werte von 60 Pf. zu finden. — Es heißt ferner, daß er diesen Lieberstein in der Zeitschrift der Handbills' ergriffen habe und ihm gestohlen worden war. Er ist jetzt ein Jahr drei Monate ab und wird außerdem für zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Zeitz, 6. Juni. Die Reichs-Rückführung verunglückten Proletariats manchmal autell wird, konnten wir hier beobachten. Heute verunglückte am Vaggon der Grade Zucht der Zeitz ein 20-jähriger böhmischer Arbeiter dadurch, daß ihm ein beladener Wagen über die Zeitz ging, wodurch sich seine Hand an dem Vaggon festnahm und er so schwer verletzt wurde. Ein Lokomotivführer und ein anderer Begleiter wurden dabei auch bestraft, denn Verunglückten sofort zu überführen. Aber als der Begleiter mit dem Verunglückten um 6 Uhr hier abfahren wollten, um dann den Zeitzern aus mit dem Schnellzuge, also auf dem nächsten Zuge, zu fahren, wurde der Verunglückte nicht mitgenommen, da, wie der Lokomotivführer sagte, kein Platz vorhanden war. Der Vaggonwagen war mit Kinder- und Sportwagen vollgepackt, da war kein Raum für einen verunglückten Arbeiter. Konnte aber wirklich kein Platz geschaffen werden auf irgend eine andere Art? Der Transport mußte also für nun nächsten Tage warten. Der Verunglückte mußte unterdessen auf dem Güterboden untergebracht, die Begleiter nahmen unterdessen etwas Gutes zu sich. Nach 1 1/2 Stunden wurden sie geholt, weil der Kranke von Sommeren laut jammerge. Die Begleiter fanden den Mann stark fiebernd, auch blutete die Wunde sehr heftig. Schließlich konnte der Transport mit dem Vortrage des W. nach Weipertswalde vor sich gehen, wo wiederum, nicht gerade zum Vorteil des Verunglückten, ungehörigen werden müßte, was nicht notwendig gewesen wäre, wenn der Transport mit dem fahrbaren Wagen zu sich gegangen wäre. Die Begleiter haben dieses Vorgehen häufiger bei der zufälligen Begleitung beobachtet. Es wird sich nun zeigen, ob es nicht doch möglich gewesen wäre, die Leiden des Verunglückten durch rasche Beförderung abzumildern.

Wandfeld, 6. Juni. In unserer hiesigen Wirtel, wo die Gewerkschaft alles vorüberläßt, war am 3. d. ein ausgedehnter Eingangsstreik. Im zweiten Bezirk (Unterbezirk) haben von 200 eingetragenen Mann weniger als 100 am 3. d. gearbeitet, also drei Prozent. Im ersten Bezirk, sowie in Weimbsch, Klostermannfeld etc. war es ähnlich. Das nennen dann unsere Gegner eine Wohl und die als solche Weißen gewählten Abgeordneten Volksvertreter.

Wittberg, 6. Juni. Peterens von der Landtagswahl. Im ersten Bezirk wurden die Herren Dr. Stender und Gärtnerbeiliger nicht aufgestellt, von uns die Genossen Wenzel und Wolf. Die ersten beiden erhielten je vier Stimmen, die letzten beiden je eine Stimme. Wir hatten nur einen Wähler von unserer Seite in dieser Abteilung. Die Wahlhandlung geschloß sich am 2. d. und die beiden Genossen wurden abgelehnt und aufgeführt wurden, zu erklären, ob sie die Wahl annehmen, werden von einem unserer Genossen darauf hingewiesen, daß die auf dem Gärtnerbeiliger nicht gefallenen Stimmen ungültig seien, weil 9. nicht im ersten Wahlbezirk wahlberechtigt und daher auch nicht wählbar sei. Darauf allgemeine Verabschiedung beim Wahlvorstand und allen Umstehenden. Auf die

Zimmererbewegung nach dem Leitartikel als Organisations-
absicht nicht mehr in Frage, zweifellos hätten sie für
das noch vorhandene Vermögen des nunmehr abgewickelten
Vereins noch nicht aufgegeben.

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens unseres Verbandes wird
der Vorstand beauftragt, für die herausgebende Nummer
des „Zimmerer“ einen literarischen Beitrag aus unserer
Zahlreihe zu leisten.

Die Schlichtungskommission hat sich bereits, einige Un-
klarheiten des Zimmerers (S. 116) (Fachereiner), die der-
selben in einem Eingeladeten des Volksblattes unterm 12. Mai
gegen Verbandmitglieder gerichtet hat, energisch zurück-
gewiesen. Seit dem 15. d. M. sind die Verhandlungen
wegen der Schadloshaltung beim Zimmerermeister Fiedler
nicht auch für die Fachereiner ins rechte Gleis gebracht,
war es sicher, daß dies auch heute noch dort unter
Arbeitsleitern, denn sie hatten ja die Arbeit in bezeugter
Weise gleich zu übernehmen. (Eingez. 4. 6.) H. W.

Bergarbeiter. Die Zahlreiche Halle. Die letzte Verjam-
lung konnte stärker besucht sein. Man erwartete vorzüglich
die reichhaltigen Snappen aus ihrem Schilde zu erwerben.
Der Bergarbeiterverband hatte in ausführlicher Weise die ganze
Snappenberichterstattung klar und ging zum neuen Snappen-
status über. Er bemerkte gleich noch, daß im Hälleschen
Revier ein Heiner Christus erwacht ist, der hier und da Ver-
sammlungen abhält und Entschlossenheit sammelt zu Vertreibungen.
Das der Heine Christus nicht erfährt, daß sich unter Ver-
sammlung der Kameraden nehmen entgegen wird, spätere
Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt. Jedes Kind
erhält zwei Glas Limonade, außerdem noch ein Geschenk.
Eine jugendliche Kommission hat die sämtlichen Vorarbeiten zu
leiten. Meldungen von Mitgliedern anderer Gewerkschaften
unter Führung der gleichen Festsetzung, sowie die der teil-
nehmenden Kameraden nehmen entgegen. W. Schmidt, Otto
Seinold, Emil Kellermann. An den Kameraden liegt es nun,
dafür zu sorgen, daß dieses Fest ein echtes und rechtes Proletarierfest
und Fest der Freude werde.

Kreischau. In der Verammlung des Sozialdemokratischen
Vereins am 21. Mai erläuterte Gen. Lemme das neue Reichs-
verhältnis. Dann wurden die Vorarbeiten zur Landtags-
wahl erledigt. Im August soll ein Sommerfest abgehalten
werden. Im Besonderen wurden die künftige Tätigkeit der
Kommission gemäß. — Zum Schluss wurde noch die Kaffee-
rentenliste, wobei festgestellt wurde, daß beiderseitigerweise
noch sehr viele Gewerkschaften in generellen Lokalen verzeichnen.
Dieselbe wurde auch noch besonders darauf hingewiesen, daß die
Gewerkschaften mit der Gewerkschaft der Beschäftigten über das
Abheben der Lokal, das auch noch nicht zur Verfügung steht, noch
gehalten haben. Das Geschäft, wonach der Vorpost über dieses
Lokal aufgehoben ist, ist falls, nur darauf bedacht, Zer-
splitterung in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Schenke da-
her niemand diesem Gerüchte Gehör, sondern handle man streng
nach dem Beschluß der Verammlung. Zumvordringende
haben die Konsequenzen zu tragen.

Aus den Gemeinden.

Schneiditz. Stadtorberrnordnen-Sitzung vom
4. Juni. Zunächst wurde von einer Einladung zum 25jähri-
gen Jubiläum des „Zimmerers“ Kenntnis genommen. Vorlesung
am 9. Oktober wurde bekanntlich beschlossen, das alte Feuerweh-
Depot umzubauen. Nach dem Kostenvoranschlag des städtischen
Baudirektors würde dies einen Kostenaufwand von 29 500
Mark erfordern. Die Ausführung des Baues verdrängte sich,
weil die Rathausfrage noch nicht geregelt ist und das Feuer-
weh-Depot mit dem Rathaus verbunden werden sollte. In
der vorigen Sitzung kam es zu einem Skizzenentwurf, weil die Stad-
torberrn einen Rathausneubau ablehnten, der Magistrat
sich diesem Beschlusse aber nicht angeschlossen. Nun kann es wohl
nicht wundernehmen, wenn der Kommandeur, Magistrats-
assessor Westermann, der Feuerweh-Depot eine Verleumdung
auf die Rathausfrage, in welcher er zur Unterbringung
des Gerüchte genügend Mündlichkeiten forderte; dem Bürger-
meister war dies natürlich eine günstige Gelegenheit, nunmehr
als Chef der Polizei an die Stadtorberrn herantritt und
zu verlangen, binnen 14 Tagen Abhilfe zu schaffen, widri-
gerfalls er auf Stadtorberrn ein Feuerweh-Depot errichten
lassen werde. Dieses Vorgehen setzte sich übermäßig einige
Stadtorberrn in großer Spannung. Eine lebhafte Debatte
setzte ein, bei welcher der nicht wiedererwählte Vorsteher
C. Schäfer es verstand, sein eigenes Ich in den Vordergrund zu
stellen, indem er den Stadtorberrn Unkenntnis in Feuer-
wehfragen vorwarf. Inzwischen muß werden, daß die
kurze Zeit angefaulter Leiter wegen Mangel an Platz in einer
Schnelle untergebracht ist, wie die Arbeiter der Firma Schöfer
Ehne täglich ein und ausgehen. Auch sind schon zwei Männer
etwaslich verletzt worden. Eine Kommission von sechs Mann,
welche sich mit der Platzfrage befassen soll, wurde gewählt. Der

Veränderung des Bebauungsplanes der Straße B. wurde auf-
geklärt, um für den nunmehr genehmigten Hofraum auf
dem Hofplatz Grundstücke mehr Platz zu bekommen. In einem
krassen Maße ergriffen wieder einmal unsere Schulverhält-
nisse. Gefordert wurde die Gründung einer weiteren Lehr-
rinnenklasse, da die Elementarklassen mit 85 und 88 Kindern
besetzt sind. Gen. Müller forderte in der Sitzung vom 10. d. M.
bei Beratung der Errichtung einer Mittelschule die Einbelei-
tung beizubehalten, aber die Schulverhältnisse dadurch zu
bessern, daß man mehr Lehrkräfte anstelle. Damals konnten
sich die Herren nicht davon überzeugen. Es wurde wie ge-
fordert beschlossen. Weiter wurden dem Maschinenmeister
Strawle für besondere Leistungen 75 Mk. bewilligt. Auch sollen
die Bogenlampen nicht wie bisher, sondern um 13 Uhr nachts
ausgeschaltet werden. Zur Kenntnisnahme gelangte ein Gut-
achten über den Zustand des elektrischen Leitungsnetzes. Bei
Antriebsnahme waren 2000 Glühlampen mit je 50 Kilowatt
in Berechnung gestellt. Obwohl aber am 1. Mai 8000 Glühlam-
pen mit 42000 Watt angeschloßen waren, läßt das
Gutachten eine Belastung des Netzes nicht durchfallen. Einen
Antrag der Stadtorberrn vom 4. Mai, die Sitzungen erst
7 Uhr abends beginnen zu lassen, fand die Annahme des Magis-
trats nicht. Die Stadtorberrn beschlossen, die Sitzungen
im Winterhalbjahr um 6 Uhr, im Sommerhalbjahr aber um
7 Uhr beginnen zu lassen und erwiderten dem Magistrat um Zu-
stimmung. Interessant war die Verlesung der Einladung
zum Stadttage, welcher am 13. Juni in Kösen stattfinden wird.
Wie wichtig diese Stadttage sind, geht aus dem Programm hervor.
Der größte Teil müßten die Delegierten mit Essen, Trinken
und Vergnügen verbringen. Die reine Vergnügungsfahrt auf
städtische Kosten. Der Magistrat von Kösen fordert die Dele-
gierten auf, mit ihren Frauen zu erscheinen, um dadurch die
Unterhaltung zu bekommen. Delegiert wurden vom Magistrat
der Bürgermeister, von den Stadtorberrn Herr C. Schäfer.
Auf Wunsch des Regierungspräsidenten wurden mehrere kleine
Abänderungen des Statutes zur Errichtung einer Fortbil-
dungschule vorgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

C. A. Kelbra. Wir halten Sie keineswegs für einen
Eitler, aber Ihre Eingeladeten ist nicht zu verwenden, daher
hätten wir eine Annort für überflüssig. Von einem früheren
Brieftage ist uns nichts bekannt, wir kennen aber eine solche
Abgabe nicht.

S. Theisen. Wegen der Mahrarbeit immer zurück-
gestellt, ist er jetzt doch veraltet, deshalb in den Papierkorb ge-
wandert. Wir brauchen doch auch nicht gerade uninteressante
Berichte über Sittlichkeitsverletzungen zu bringen. Aus dem
letzten Bericht geht nicht hervor, ob der Junge für den Junger
die Arbeit tat und welcher Art Vergnügen das der Mädchen
war. Also erst nähere Aufklärung.

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen
bekannt gegeben:
Salle: Freireiserverein, Mittwoch, 10. Juni.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Sera. 9. Juni. Bei Triebes erlosch am Freitag-Sonntag
der Waldbrand. Schütz den Trüben Willig. Legterer hatte
mit einigen Gefährten im Walde ein Bäcklein errichtet.
Schütz wies sie fort und verlangte die Namen der Leute.
Willig meldete sich, seinen Namen zu nennen und wurde
deshalb von Schütz freigesetzt. Als Willig wieder einen Flucht-
versuch machte, wurde er von Schütz mitten durchs Herz ge-
schossen und war sofort tot.

Paris. 9. Juni. Der internationale Bergarbeiter-Kongress
hat seinen Anfang genommen. Vertreten sind an Dele-
gierten: 80 Engländer, 17 Deutsche, 2 Amerikaner, 2 Delfreier,
17 Belgier, 2 Franzosen. Betont wurde bei der Eröffnung
die Notwendigkeit einer internationalen Aktion. Der Kongress
erleidet seine Arbeit zunächst in den Kommissionen.

Rom. 9. Juni. Im Auslandsgebiete in Apulien kam es
bei der Gemeinderatswahl in Ruvo zu förmlichen Straßen-
kämpfen zwischen Grundbesitzern und streikenden Landarbeitern,
wobei ein Grundbesitzer getötet und viele Personen verwundet
wurden. Bei der Wahl siegen die Grundbesitzer.

Sidney. 9. Juni. Der Weltpoker Ausschuss der Arbeiter-
liga erhob Protest gegen den Besuch des Königs Edward beim
Jaren. Der Protest soll nach London übermittelt werden.

Sträffel. 9. Juni. Bei Kodesfort stieß an einer Straßen-
kreuzung eine Lokomotive mit einem von sieben Personen be-
legten Kramper zusammen. Vier Personen und zwei Pferde
waren sofort tot, die drei anderen Personen wurden schwer
verletzt. Die Schuld trifft ein 11jähriges Mädchen, das seit
drei Monaten für seine kranke Mutter Schranntwärters-
dienste tut.

Letzte Nachrichten.

Insterburg. 9. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, hat am
Wahltag der Gutbesitzer Lorenz in Grünblum seinen Stell-
schweiger erschossen, wie er angibt, in der Notwehr. Der
Schweizer hatte sich gelegentlich der Wahl angetrunken. Bei
der Rückkehr geriet er mit seinem Herrn zusammen und soll
diesen angegriffen haben, worauf Lorenz mit dem Revolver
feuerte. Ein Schuß traf den Schweizer in die Stirn, so daß
der Tod sofort eintrat.

Grafen. 9. Juni. Der Oberstabsarzt Dr. Schum von
Grafen Dragooneregiment erhielt Selbstmord durch Ge-
schichten. Die Familie war bereit.

Wagen. 9. Juni. Aus Furcht vor Strafe hat sich der
Unterschiedler Wätner vom 5. Wionierbataillon erschossen.

Büchermarkt.

Vom **Wahren Jakob** wird in den nächsten Tagen die
9. Nummer des 25. Jahrganges erscheinen. Aus ihrem Inhalt
erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aus der Schenker-
werkstatt des Wachs“ und „Eine Mündgaulaube“, sowie die
weiteren Illustrationen „Aus Breußen“, Der Schwerebrecher,
Wolke aus dem preussischen Landtagsmahlraum und ander
gerühmte kleinen literarischen Beiträgen in Prosa und
die Novelle „Christiane von Ostfriesland“. Der Preis der
16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Den Parteigenossen des Kreises wird die Beachtung folgender
Kostliste bringen empfohlen. Es stehen der Arbeiterschaft
zur Verfügung:

- Bitterfeld. Restaurant Hohenzollern.
- Restaurant vom Krefsch.
- Restaurant zum Gambirins.
- Delitzsch. Gasthof zum Lindenofen.
- Döben. Hüblers Brauerei.
- Großsch. Gasthaus Gr.-Großsch.
- Eilenburg. Genossenschaftsbaus Livobli.
- Zur goldenen Säge.
- Zur guten Quelle.
- Zum goldenen Krug.
- Zur Börse.
- Restaurant Feldschloßchen.
- Zur goldenen Krone.
- Zur Tanne.
- Zur Tanne.
- Gleichen. Arbeiter-Kaffee.
- Güntherth. Arbeiter-Kaffee.
- Groepin. Arbeiter-Kaffee.
- Wolken. Arbeiter-Kaffee.

Veränderungen sind dem Interzogeneten sofort mitzutheilen.
Delitzsch, Mai 1908. Der Zentralvorstand.
I. A.: Wiedermann.

Beantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Kaffeeverkauf.

Nach jahrelangen Fortschritten und
Bemühungen ist es dem Erfinder des **Waldes**
Kaffee gelungen, ein vollendetes Produkt auf den Markt zu
bringen, welches geeignet ist, eine Umwälzung auf dem Gebiete
der Kaffee-Industrie herbeizuführen.

Verte, Professoren, Vorstände von Krankenhäusern, welche
mehr Jahre hindurch dieses Produkt praktisch erprobt haben,
sind voll des Lobes über den Waldes-Kaffee, welcher, ohne die
schädlichen Eigenschaften des Bohnen-Kaffees zu besitzen, den
Waldes-Kaffee, die Nährkraft und das Aroma des besten
Bohnen-Kaffees in sich vereint.

Außerdem wirkt der Genuß von Waldes Kaffee
mühsam auf den Verdauungsprozess einer jeden Krankheit.

Auf der einzigen Ausstellung, der Kolonial- und Arme-
Anstellung im Jahre 1907 zu Berlin, an welcher sich Waldes
Kaffee-Kaffee beteiligte, ist ihm die höchste Auszeichnung in
dieser Kategorie verliehen worden. Speziell von der weniger
breitgetragenen Bevölkerung, sowie von allen Studierenden und
Verwandten, wird dieses vorzüglich schmeckende Getränk besonders
bezüglich bewahrt werden, um so mehr, als dieser neue Kaffee
100 Proz billiger als billiger Bohnen-Kaffee verkauft wird.
Die Generalvertretung für den Regierungsbezirk Merseburg
ist Herr Adolf Gersmann, Halle a. S., Marienkr. 19.
übertragen worden, bei welchem der Waldes-Kaffee zu Probeg-
zwecken schon in den kleinsten Quantitäten erhältlich ist. Siehe
auch die Inserate.

Espargel mit jungen Karotten. Einige Bündel junger
zarter Karotten werden ausgesetzt, in frischer, süßer Butter
weggedampft, nur ganz wenig mit Mehl angebräut, dann mit
leichter Fleischbrühe angeköchelt und mit einer Brühe Jüder
und Salz gewürzt. Inzwischen hat man die gleiche Menge in
kurze Stücke geschnittener Espargel abgemacht, mischt ihn mit
den Karotten, wagt heiß mit einem Glühföhl feingehackter
Butter zusammen auf und schmeckt das Gemüse beim An-
richten mit etwas Salz Würze ab, wodurch es herzhafter
wird. Th. H.

Für die zahlreichen schriftlichen Begrüßungen
anlässlich der Rückkehr aus der Villa „Staats-
anwalt“, sage ich allen Parteigenossen u. Genossen
hierdurch herzlichsten Dank.

Halle, 9. Juni 1908. Ab. Thiele.

Wirkliche Ersparnis in der Küche ergibt jede Hausfrau
mit **MAGGI'S Würze** Schutzmarke Kreuzstern
— Probehäufchen 10 Pf. —
Sehr ausgiebig, deshalb sparsam verwenden!
MAGGI's gute, sparsame Küche!

Das beste Waschmittel
ist **Dr. Thompson's SEIFENPULVER**
1/2 Hl. Paket 15 Pfg.

Wieder neu erschienen:
Beruf der Hausfrau und Mutter.
Ein unentbehrlicher Ratgeber
für junge Hausfrauen und Mütter in allen Angelegen-
heiten des Hauswesens, der Ernährung, Erziehung und
Gesundheitspflege der Kinder.
Mit einem Anhang:
Ausführliches, praktisches und einfach bürgerliches
Kochbuch.
Von Clementine Horn. — Preis 1 Mkt.
Die Volksbuchhandlung.

Auch in diesem Jahre kauft
wieder **jedes Quantum**
frischer, kurzgegrühter
Kamillen
zu höchsten Preisen
Wilhelm Katho,
Halle a. S., Gr. Märkerstraße 7.
Morgen Mittwoch
Schlachtfest.
K. Fromme, Wolffstr. 20.
Wer Stellung sucht
verlange die „Deutsche Va-
kanzenpost“, Esslingen 196.

Achtung! Bockwiltz. Achtung!
Herm. Jentzsch, Schmalcher-
Ulmungshaber zahle ich bis
1. Juli an sämtliche Schu-
lwesen 10 Prozent.
Fabrikstellen zum Einkaufspreits.
Um gültigen Zutrupp bitten
Der Obige.

Erdarbeiter
zum Rausbau in Ammendorf,
Friedenstraße, gesucht.